

Eurobus hält weiter gratis

HEILIGBERG Anders als in der Stadt Zürich bezahlen private Carunternehmer in Winterthur nichts für das Ein- und Aussteigenlassen von Passagieren. Rechtlich gebe es keine Handhabe für eine Tarifierung, meint der Stadtrat – vorerst.

Eurobus profitiert an der Lagerhausstrasse, zwischen den Archhöfen und dem Salzhaus, von einer GratisHaltestelle. Das Busunternehmen bietet seit dem Sommer für sehr günstige Preise Fahrten beispielsweise nach Genf und St. Gallen an. Für den Halt in Winterthur verrechnet die Stadt keinerlei Gebühren, während andere Orte wie Zürich teils fünfstelligen Jahresgebühren eintreiben (Ausgabe vom 19. Juni).

Der Stadtrat will Eurobus auch weiterhin keine Rechnung schicken. Er könne es nicht, hält er in einem Dokument zuhänden des städtischen Parlaments fest. Es geht um rechtliche Erwägungen: Kurzes Anhalten an einer Strasse darf nach Ansicht der städtischen Juristen nicht tarifiert werden, weil es zum sogenannten Gemeingebrauch einer Strasse gehört. Nur wenn jemand den öffentlichen Grund viel stärker beansprucht als die meisten anderen, kann ihm dafür Rechnung gestellt werden. Als sogenannt gesteigerter Gemeingebrauch gelte nur das Parkieren, nicht das kurze Anhalten, ab 30 Minuten an zentralen Lagen. «Gemäss Beobachtungen der Stadtpolizei»,

so schreibt der Stadtrat, «wird die erlaubte Aufenthaltsdauer von 30 Minuten in der überwiegenden Mehrheit der Fälle eingehalten oder sogar deutlich unterschritten.» Würde man feststellen, dass dort auch parkiert wird oder andere Probleme vorliegen, würden die zuständigen Abteilungen weitere Massnahmen prüfen, so heisst es.



«Das ist und bleibt ungerecht.»

Felix Steger, SP-Gemeinderat

Für das Halten bis 30 Minuten könnte die Stadt grundsätzlich immerhin eine geringe Kontrollgebühr erheben. Selbst dies sei hier jedoch nicht möglich, weil diese Gebühr «mit regelmässigem Kontrollaufwand gerechtfertigt werden müsste, was derzeit nicht der Fall ist».

Nicht nur Eurobus halte beim Salzhaus, gibt die Regierung zu bedenken, sondern auch andere Carbetriebe, die in der Schweiz oder ins Ausland fahren. Unter anderem verkehren Ferien-, Tagesausflugsbusse und der Ski-Express ab der Haltestelle. Der Stopp wird rege genutzt, wie sich schliessen lässt; es ist von 50 Konzessionen für Fahrten mit Halt in Winterthur die Rede.

Die Strasse ist rechtlich kein Carplatz

Doch warum kann Zürich viel Geld verlangen und Winterthur nicht? Es kommt darauf an, ob wie in Winterthur nur ein einfacher Haltestreifen zum Ein- und Aussteigenlassen angeboten wird, der rechtlich als Strassenraum gilt, oder aber ein grösseres Terminal zum Parkieren auf entsprechendem Gelände, für dessen Nutzung der Eigentümer Rechnung stellen darf. An der Lagerhausstrasse ist auch keine besondere Infrastruktur vorhanden. Die vorliegenden Konzessionen



«Die erlaubte Aufenthaltsdauer wird eingehalten»: Car von Eurobus an der Lagerhausstrasse.

Foto: Nathalie Guinand

schreiben aber eine gewisse Infrastruktur vor, wie Polizeisprecher Michael Wirz auf Anfrage ergänzt. Man kläre derzeit ab, ob Anpassungen nötig seien; falls ja, würde auch eine Kostenbeteiligung der Carunternehmen geprüft. Möglich wäre beispielsweise, dass man eine Haltestellentafel montieren muss. Auch ein Unterstand oder Anpassungen an der Fahrspur sind denkbar.

Die Aussagen des Stadtrats stammen aus der kürzlich publizierten Antwort auf eine parlamentarische Anfrage von Felix Steger (SP) und Reto Diener (GP). Diese sind nicht zufrieden mit dem Bescheid. Die Lage sei «unbefriedigend», sagt Steger, offenbar sei es jedoch schwierig, daran etwas zu ändern. «Es ist und bleibt ungerecht, dass kommerzielle Anbieter nichts bezahlen

müssen, während jemand, der an der Marktgasse Kuchen für Afrika verkauft, eine Standgebühr zu entrichten hat.» Reto Diener findet, es sei doch etwas anderes, ob jemand nur sporadisch oder aber regelmässig Leute ein- und aussteigen lasse: «Eurobus hat einen Fahrplan. Zu der Zeit, zu der die Busse dort jeden Tag anhalten, ist die Haltestelle für andere unbenutzbar.» Christian Gurtner

1000 Dättnauer fordern einen besseren Velo-Anschluss an Töss

PETITION Das Dätttau ist mit Velo nur über umständliche und teils gefährliche Wege zu erreichen. Mit einer Petition fordert das Wachstumsquartier jetzt eine legale Variante des «Zickzackwegli».

Mit einem Velocorso – wie sonst? – brachten die Initianten der Petition «Bau einer Veloroute vom Dätttau nach Töss» gestern die gesammelten Unterschriftenbögen zum Superblock im Stadtzentrum. Dort nahm Bauvorsteherin Christa Meier (SP) sie im Namen des Stadtrats entgegen. 1001 Personen haben laut Quartiervereinspräsidentin Renata Lang Tschudi unterzeichnet. «Wir sind sehr erfreut», sagt sie. «Eine so hohe Beteiligung hatten wir nicht erwartet.»

Die Velokolonne nutzte für ihre Fahrt den Auenrainstutz, das «Zickzackwegli», das die direkteste Verbindung vom Aussenquartier in die Stadt ist. Dabei stiegen sie folgsam ab und schoben ihre Velos. Auf dem steilen Weg gilt nämlich aus Sicherheitsgründen ein Fahrverbot. Doch weil die legalen Alternativen teils über einen Kilometer länger sind oder viel befahrene Strassen kreuzen, nehmen viele Dättnauer Bussen in Kauf, insbesondere die Sekschüler, die nach Töss ins Rosenau-Schulhaus müssen.

Rechtzeitig in den Richtplan

Diese unbefriedigende Situation soll der Stadtrat anpacken, finden die Initianten. Sie schlagen vor, die Wegführung des Auenrainstutzes anzupassen, sodass er weniger steil ist und für Velofahrer freigegeben werden kann. Der Bedarf sei da: Heute wohnen rund 3500 Menschen im Dätttau – doppelt so viele wie noch vor 25 Jahren. Und in den Stosszeiten stockt der motorisierte Verkehr arg. «Wir möchten unser Anliegen



Hier muss man heute absteigen: Die Dättnauer würden am Auenrainstutz lieber fahren können. Foto: Madeleine Schoder

rechtzeitig einbringen, damit es in die nächste Richtplanänderung aufgenommen wird», sagt Quartiervereinspräsidentin Tschudi. Ausserdem sei der bestehende Weg nicht im besten Zustand. Bevor er saniert werde,

sollte die Möglichkeit einer neuen Wegführung geklärt werden.

Ob der Stadtrat für das Anliegen der Dättnauer ein offenes Ohr hat, wird sich weisen. Tschudi ist optimistisch, auch weil am vorletzten Wochenende

die Veloinitiative des Bundes angenommen wurde. Christa Meiers Amtsvorgänger, Josef Lisibach (SVP), hatte dem Anliegen der Dättnauer im Mai bereits eine «mittlere bis hohe Dringlichkeit» attestiert. mig

Gewerkschaften wollen 210 Millionen für Renten

PENSIONS-KASSE Die Beamtenverbände verlangen, dass die Stadt zur Sanierung der PK nicht «nur» 144, sondern sogar 210 Millionen Franken einschiess.

Die drei Beamtenverbände VPOD, Personalverband und Polizeibeamtenverband wollen mehr Geld für die städtischen Angestellten. Dies schreiben sie in einer aktuellen Mitteilung. Das neue Vorsorgemodell 2020 sehe einen massiven Leistungsabbau für künftige Rentnerinnen und Rentner vor: Leistungseinbussen bis 13 Prozent, steigende Spar- und anhaltende Sanierungsbeiträge. Die Stadt soll deshalb nach Ansicht der Verbände statt 144 Millionen sogar 210 Millio-

nen Franken in die Pensionskasse einschiessen, «weil die Verantwortung für die laufenden Renten und die ungenügende Ausfinanzierung bei der Ver selbstständigung bei der Stadt liegt». Ansonsten «müssen sich die städtischen Angestellten auf deutlich tiefere Renten einstellen und das, obwohl sie Monat für Monat weniger in der Lohntüte haben». Mit dem stadträtlichen Antrag von 144 Millionen Franken würden nur die laufenden Renten korrekt nachfinanziert, ohne weitere Kompensationen.

Zudem fordern die Verbände wie zuletzt in diesem Jahr eine Lohnerhöhung für 2019 für die Beamten, «zur teilweisen Kompensation der steigenden Spar- und Sanierungsbeiträge». gu

400 000 im Schwümbi

FREIBÄDER Während der Sommersaison verzeichneten die städtischen Freibäder in diesem Jahr total 400 091 Eintritte. Das ist mehr als in den letzten beiden Jahren, jedoch weniger als im Jahr 2015 (knapp 412 000 Eintritte), wie eine Aufstellung des städtischen Sportamts zeigt.

Die meisten Freibäder schlossen bereits vor gut zwei Wochen,

jedoch war das grösste Bad, Geisselweid, bis letzte Woche geöffnet. Von den noch verbuchten Eintritten dürften nicht wenige auf das Hallenbad entfallen; aus technischen Gründen lässt sich dies nicht auseinanderhalten. Im noch geöffneten Freibad betrug nach dem Kälteeinbruch die Wassertemperatur trotz Beheizung zeitweise nur 20 Grad. gu

ZVV-Schalter macht zu

BAHNHOFPLATZ Die Verkaufsstelle des Zürcher Verkehrsverbands (ZVV) im Pildzsch am Bushof ist nächste Woche, vom 8. bis 13. Oktober, geschlossen. Zur Information Reisender werden am Untertor von Montag bis Samstag, 9 bis 18 Uhr, Stadtbus-Mitarbeiter bereitstehen, teilen die städtischen Busbetriebe mit.

Ab 15. Oktober wird der Schalter wieder wie gewohnt offen sein.

Die Verkaufsstelle wird geschlossen, um die Theke sowie die Arbeitsplätze der Mitarbeiter umzugestalten. Eine neue, etwas niedrigere Verkaufstheke soll in der Zukunft den Kontakt zwischen den Kunden und den Angestellten erleichtern. gu